

# NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

## 13. Oktober 2009

im Feuerwehrhaus in Neckarbischofsheim

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 21.35 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende: Bürgermeister Hans-Joachim **Vogt**

Stadträte: Karin **Bender**, Norbert **Benz**, Edith **Bräumer**, Walter **Freudenberger**, Peter **Haffelder**, Heike **Jacobs**, Hans Peter **Jelinek**, Rüdiger **Knapp**, Thomas **Mayer**, Gerold **Rossel**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Steffen **Scherb**, Georg **Zwölfer**

Verwaltung: Hack, Böhm

Es fehlten als entschuldigt: ---

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 5. Oktober 2009 ordnungsgemäß eingeladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 9. Oktober 2009 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

Zahlreiche Zuhörer, 25 Personen, Probleme mit der Heizung, etwas kühler Sitzungsraum, Bürgermeister Vogt entschuldigt sich dafür

## **01. Zustimmung zur Sitzungsniederschrift vom 15. September 2009**

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Sitzungsniederschrift vom 15. September 2009 zu.

**Abstimmung: 15 Ja**

## **02. Teilnahme der Stadt Neckarbischofsheim als Modellgemeinde am Programm „Raum+“ der Metropolregion Rhein-Neckar**

Bürgermeister Vogt begrüßt zu diesem TOP Herrn Dipl.-Ing. Hans-Peter Hege, Referent für Regionalplanung beim Verband Region Rhein-Neckar, recht herzlich.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass die Stadt Neckarbischofsheim zwar schon im Rahmen des Landessanierungsprogramms „Von-Hindenburg-Straße“ im Bereich der Helmstadter Straße/Bahnhofstraße in die Planungen für das Gebiet eingestiegen ist, jedoch beide Programme nichts miteinander zu tun haben bzw. ergänzen. Die Firma MODUS Consult hat dem Gemeinderat mögliche Planfestsetzungen vorgestellt. Das Programm „Raum+“ der Metropolregion Rhein-Neckar untersucht zusätzlich, wie die Stadt Neckarbischofsheim die vorhandenen Flächen vermarktet werden können. Hierbei bringt die Projektgruppe die Interessenten zueinander, nämlich diejenigen, die ihre Objekte zum Verkauf anbieten mit denjenigen, die Objekte auf dem Markt zum Kauf suchen. Somit ergänzen sich die planerische Gestaltung und die Vermarktung der Freiflächen. Neckarbischofsheim ist eine von fünf Modellgemeinden, die in dieses Projekt aufgenommen werden, weshalb Bürgermeister Vogt sich freuen würde, wenn der Gemeinderat der Aufnahme zustimmen würde.

Herr Hege erläutert das Programm „Raum+ Aktiv“ und stellt fest, dass bereits in den letzten beiden Jahren Brachflächen in der Metropolregion in einem Kataster erhoben wurden. Zu Beginn der Erhebung war auch der Metropolregion Rhein-Neckar nicht bewusst, wie viele Flächen im gesamten Gebiet vorhanden sind und später auch umgesetzt werden können. Anhand einer Bildschirmpräsentation, die dem Gemeinderat in der Vorlage zu diesem TOP beigelegt wurde, erläutert die Ziele, Leistungsphasen, den Zeitplan, die Erfolgsfaktoren, die Projektpartner und das Profil der Firma „Re2area“, bei der durch Zusammenarbeit von über 100 erfahrenen Experten aus den verschiedensten Bereichen eine wirtschaftliche Sicherheit und schnelle Umsetzung auf kurzem Wege durch interne Verzahnung der Disziplinen erwartet wird. Das Projekt ist auf die Dauer von zwei Jahren ausgelegt, wobei auf jede Modellkommune Gesamtkosten in Höhe von 35.700,00 € kommen.

Ziel der Metropolregion Rhein-Neckar ist es, dass nach zwei Jahren konkrete Planungen der Stadt Neckarbischofsheim übergeben werden, um danach auf den Brachflächen bauen zu können. In Neckarbischofsheim gibt es drei potenzielle Flächen, die zu untersuchen wären:

1. Gewerberiegel nördlich des Bahnhofs (Städtebaulicher Auftrag bereits an die Fa. Modus Consult vergeben)
2. Ehemalige Druckerei Ziegler in der Von-Hindenburg-Straße
3. Ehemaliges Firmengelände der Hauck Bau GmbH in der Bahnhofstraße

Nach den Untersuchungen ist zu überlegen, was mit den Flächen gemacht werden kann, wobei sich die Stadt Neckarbischofsheim im zweiten Jahr auf ein Projekt konzentrieren sollte, das dann zur Vermarktung angegangen wird. Wichtig dabei ist, dass alle Beteiligten frühzeitig in das Projekt eingebunden werden.

Stadtrat Walter Freudenberger fragt sich, weshalb ausgerechnet Neckarbischofsheim als Modellgemeinde hier fungieren soll, wenn die Stadt ohnehin kein Geld hat. Außerdem sollten die Kosten für die Maßnahme eher für die Straßenunterhaltung verwendet werden.

Stadtrat Thomas Mayer fragt nach, wie es zur Auswahl der Stadt Neckarbischofsheim als Modellgemeinde kam. Hierzu teilt ihm Herr Hege mit, dass sich das Projekt eher an kleinere Gemeinden wendet. Mit Hassloch (20.000 €) wurde die größte Gemeinde, mit Neckarbischofsheim (3.850 EW) die kleinste Gemeinde ausgewählt. Die Stadt Neckarbischofsheim hat außerdem große Potentiale und Brachflächen im Stadtgebiet, weshalb sich die Metropolregion hier bei den Planungen einiges verspricht. Außerdem haben kleinere Kommunen in der Verwaltung nicht das Potential, die Planungen der Projektgruppe umzusetzen, weshalb die Metropolregion hier Hilfestellungen leisten möchte.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass die Projektgruppe in Neckarbischofsheim mit dem Programm „Raum+“ nicht nur planerisch tätig wird, sondern auch die Flächengestaltung und Flächenvermarktung unterstützt. Außerdem wird die Verwaltung nur wenige Büros finden, die die Stadt in diesem Bereich unterstützen kann. Seiner Meinung nach ist das Geld in diesem Projekt sehr gut angelegt, da eine Unterstützung bei der Vermarktung der Flächen erfolgt. Gemeinderat und Verwaltung wissen bereits, wie die Brachflächen in Neckarbischofsheim aussehen und haben bereits eine Planung für die Bahnhofstraße erhalten, jedoch noch kein Konzept für eine Vermarktung.

Stadtrat Norbert Benz bittet um Auskunft, ob es bereits grobe Vorstellungen gibt, was man aus den vorgestellten drei Bereichen machen kann. Hierzu teilt ihm Bürgermeister Vogt mit, dass hier zu wenige Informationen vorliegen. Im Übrigen sind während der Planungsphase mit den Grundstückseigentümern Gespräche zu führen, um auch deren Vorstellungen in das Projekt einzubringen.

Stadtrat Peter Haffelder fragt nach, ob er es richtig verstanden hat, dass nachdem alle drei vorgestellten Flächen beleuchtet wurden, im zweiten Jahr dann nur eine Fläche angegangen wird. Herr Hege führt aus, dass es nicht ausgeschlossen ist, dass danach alle drei Flächen zur Vermarktung kommen, jedoch es das Projektvolumen nicht hergibt, dass alle drei Flächen umgesetzt werden können. Der finanzielle Rahmen geht lediglich von der Umsetzung einer Fläche aus. Bürgermeister Vogt ergänzt, dass eventuell auch eine zweite Fläche, die in die Untersuchung mit einbezogen wurde, mit vermarktet wird.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass der Analyseprozess durch Herrn Hege umfangreich und anschaulich, bis hin zur Flächenmobilisierung und –vermarktung dargestellt wurde. Der erste Teil des Projekts, die Beplanung des Gebiets ist hier nicht schwierig, da die Flächen nicht Altlastenbehaftet sind. Viel wichtiger ist für ihn in diesem Projekt, was den Grundstückseigentümern zur Flächenmobilisierung angeboten wird und wie man Investoren dazu bringen kann, auf diesen Flächen in Neckarbischofsheim neu anzusiedeln. Seiner Meinung nach hört der Prozess des Projekt hier auf, wo eigentlich die Probleme für Neckarbischofsheim erst anfangen. Denn wenn es mit der Vermarktung der Flächen nichts wird, hat Neckarbischofsheim zwar wunderschöne Pläne, aber keine neuen Gewerbetreibenden.

Bürgermeister Vogt zeigt sich erfreut, dass Neckarbischofsheim als Modellgemeinde von der Metropolregion Rhein-Neckar ausgewählt wurde und stellt fest, dass das Projekt „Raum+“ eben nicht dort aufhört, wo der Plan fertig gestellt ist, sondern auch eine Vermarktung erfolgen soll. In der Bahnhofstraße kann des Weiteren die Planung der Fa. MODUS Consult städtebaulich verwertet werden. Allerdings geht diese Planung ohne die notwendigen Gespräche mit den Grundstückseigentümern auch dort nicht weiter. Durch das Projekt „Raum+“ wird die Stadt Neckarbischofsheim in allen Prozessen unterstützt und hat anschließend die Möglichkeit, den ansässigen Betrieben eine bessere Erschließung zu ermöglichen bzw. interessante Flächen für neue Firmen zur Verfügung stellen. Eine sensible Fläche stellt auch das ehemalige Gelände der Druckerei Ziegler mit der unmittelbaren Nähe zum Krebsbach dar. Bisher hat die Stadt Neckarbischofsheim immer dann mit einer Maßnahme aufgehört, als die Pläne fertig gestellt waren und die Umsetzung Schwierigkeiten bereitete. Nunmehr kann man in einen Prozess einsteigen aus dem alle Beteiligten lernen können. Bisher hat das Büro Re2area nur große Projekte in Mannheim oder Heidelberg gefördert. Jetzt haben die Planer auch die Möglichkeit, eine Maßnahme auf dem flachen Land zu betreuen. Die Stadt Neckarbischofsheim profitiert auf jeden Fall während des Projekts vom Know How der Metropolregion Rhein-Neckar, weshalb er sich für die Teilnahme an diesem ausspricht.

Stadtrat Gerold Rossel fragt nach, ob nach den zwei Jahren Vertragslaufzeit auch die Vermarktungsphase beendet ist. Hierzu teilt ihm Bürgermeister Vogt mit, dass wenn keine Ansätze für eine Vermarktung zu erkennen sind, dies so richtig ist. Wenn aber Ansätze zu erkennen sind, dass die Vermarktung gewährleistet ist, kann die Verwaltung über das Projekt daran weiterarbeiten. Im Moment ist eine schwierige wirtschaftliche Situation vorhanden, weshalb es wünschenswert wäre, dass während der Projektphase viele Kontakte geknüpft werden, um das Projekt zugunsten der Stadt verwirklichen zu können.

Herr Hege ergänzt dazu, dass in dem Zeitrahmen von zwei Jahren ein Investor da sein sollte, der die neu geplanten Flächen übernimmt. Die Büros verdienen allerdings mit der Investorensuche kein Geld, weshalb eine neue Beauftragung zur Durchführung der Investorensuche vorzunehmen ist. Nur, wenn die Büros in der Projektphase die Maßnahme umsetzen können, wird es für sie auch bei der Vermarktung interessant.

Stadtrat Hans Peter Jelinek möchte wissen, wie man die Alteigentümer mit ins Boot bringt und wie man eine attraktive Vermarktungsaussicht bekommt. Schließlich ist man bei diesem Projekt auf die Kooperation der Grundstückseigentümer angewiesen, was für ihn der Knackpunkt bei der Angelegenheit darstellt. Er möchte hierzu eine Lösung von Herrn Hege hören, da es Planer ja wie Sand am Meer gibt, aber eine Umsetzung daraus nicht so oft erfolgt.

Herr Hege teilt mit, dass über 100 Personen in diesem Projekt mitarbeiten, wovon viele in der Immobilienvermarktung tätig sind. Die Metropolregion Rhein-Neckar möchte, dass für das Projekt nicht nur eine Planung erfolgt und diese dann in zwei Jahren in der Schublade verschwindet. Herr Manfred Hopfaut, ebenfalls Mitarbeiter der Metropolregion, fügt hinzu, dass die Grundstückseigentümer in jedem Fall in die Planung miteinbezogen werden. Hierbei soll ausgelotet werden, welche Möglichkeiten es in den zu beplanenden Gebieten gibt. Eine Planung ins Blaue hinein ist nicht erwünscht.

Stadtrat Rüdiger Knapp führt aus, dass im Vorfeld bereits diskutiert wurde, was man in Neckarbischofsheim tun kann, um für die Zukunft etwas neues zu gestalten. Hierzu wurden zwei Büros dem Gemeinderat vorgestellt, die ihre groben Planungen vorgelegt haben. Vom Grundsatz her ist das Projekt „Raum+“ das gleiche, wie die bisherigen Planungen bisher, jedoch mit dem Vorsteil, dass die Kosten geringer sind, als wenn ein Städteplanungsbüro mit der Planung beauftragt wird. Die vorgestellten Kosten sind für die Stadt Neckarbischofsheim ein Schnäppchen und mit der Metropolregion Rhein-Neckar steckt ein Partner mit vielen Beziehungen dahinter. Deshalb sollte man diese Chance nutzen und die Städteplanungsbüros hinten anstellen, da für diese drei Gebiete eine so günstige Planung nicht mehr erfolgen wird.

Stadtrat Georg Zwölfer fragt nach, wie hoch die Quote bei der Vermittlung der Grundstücke liegt, bei den Projekten die die Metropolregion schon angegangen ist.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass in der Größenordnung von Neckarbischofsheim bisher keine Gemeinden dabei waren, um eine solche Aussage treffen zu können. Im Übrigen verteilen sich die Kosten der Maßnahme auf die Metropolregion Rhein-Neckar und die beteiligten Gemeinden, wobei die Stadt Neckarbischofsheim über das Landessanierungsprogramm (LSP) die Planungskosten gefördert bekommt. Ergänzend zur Ausarbeitung der Planungen der Büros können auch Fördermittel aus dem LSP zur Vermarktung zur Verfügung gestellt werden. Nach Ansicht von Bürgermeister Vogt hat Neckarbischofsheim schon jetzt einige positive Aspekte, um die drei Gebiete positiv anzugehen.

Stadtrat Walter Freudenberger kommt es vor, dass das Büro derzeit keine Arbeit hat, und diese jetzt in Neckarbischofsheim sucht, weshalb er sich gegen das Projekt ausspricht.

Stadtrat Norbert Benz merkt an, dass die bisherige Planung vielleicht schon einen Schuss in den Ofen bedeuteten, mit dem vorgestellten Projekt aber eine nützliche Planung und Vermarktung erfolgt, weshalb er die Chance nutzen möchte, und sich für das Projekt ausspricht.

Herr Hopfaut merkt an, dass es keine hundertprozentige Sicherheit für eine Vermarktung der Flächen gibt. Allerdings hat die Stadt Neckarbischofsheim die Möglichkeit, hier eine Konzeption zu erhalten, um die Flächen neu zu nutzen. Er gibt des Weiteren zu Bedenken, dass die Möglichkeiten, künftig neue Baugebiete auszuweisen, sehr eingeschränkt ist, nicht nur im Hinblick auf die finanzielle Lage der Gemeinde, sondern auch wegen des Landschaftsverbrauchs. Deshalb muss auf vorhandene Brachflächen zurückgegriffen werden, wobei bei den drei vorgestellten Gebieten eine Umsetzung möglich ist. Die Metropolregion Rhein-Neckar bietet mit dem Projekt „Raum+“ ein Instrument, diese Flächen neu zu überplanen.

Stadträtin Heike Jacobs fragt nach, ob die Eigentümer der Flächen bereits wegen der Umplanung angefragt wurden. Hierzu teilt ihr Bürgermeister Vogt mit, dass mit verschiedenen Grundstückseigentümern bereits Gespräche geführt wurden. Schwierig wird eine Umplanung jedoch in den Gebieten, in denen schon eine Bebauung vorhanden ist. Durch das Projekt „Raum+“ verspricht er sich allerdings auch Kontakte, die eine neue Nutzungsmöglichkeit der Flächen vorsieht, weshalb die Eigentümer in den Prozess sehr stark eingebunden werden.

Stadtrat Walter Freudenberger ist der Meinung, dass die Stadt Neckarbischofsheim erst einmal den ersten vor den zweiten Fuß setzen sollte und nicht ins Blaue hinein planen sollte.

Stadtrat Rüdiger Knapp führt aus, dass den Eigentümern die Konzepte vorgelegt werden, was mit deren Grundstücken gemacht werden kann. Sollte heute kein Beschluss zur Teilnahme an dem Projekt gefasst werden bedeutet dies einen Stillstand für Neckarbischofsheim.

Stadträtin Edith Bräumer fragt nach, wie hoch die Chance der Vermarktung der Flächen ist. Hierzu teilt ihr Herr Hege mit, dass dies schlichtweg zu früh ist, dies zu beantworten. Bürgermeister Vogt fügt hinzu, dass die Vermarktung der Flächen durch das Projekt „Raum+“ deutlich höher ist, als wenn nur eine Überplanung vorgenommen wird. Herr Hege stellt außerdem fest, dass im Rahmen des Projekts auch projektiert wird, welche Kosten für die Erschließung entstehen und für welchen Preis der Eigentümer sein neu beplantes Grundstück dann vermarkten kann.

Stadtrat Erhard Rupprecht ist der Meinung, dass die Eigentümer dem Projekt sicherlich zustimmen werden, da sie hier eine kostenlose Planung erhalten.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Teilnahme am Modellprojekt „Raum+ AKTIV – Aktivierung innerörtlicher Potenziale in der Metropolregion Rhein-Neckar“, sowie dem Abschluss des Untervertrags über die Projektdurchführung zu. Und Kostenübernahme

**Abstimmung: 12 Ja 3 Nein**

### **03. Sanierung Hallenbad Neckarbischofsheim**

#### **a) Vorstellung des geänderten Sanierungskonzepts für die Fassade**

Bürgermeister Vogt begrüßt zu diesem TOP den Architekten Martin Oszter recht herzlich.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass er in der letzten Gemeinderatssitzung bereits angedeutet hat, dass ein geänderter Fassadenvorschlag vom Architekten vorgelegt wird.

Herr Ozter erläutert die neue Konzeption und teilt mit, dass für das Hallenbad keine detaillierten Planunterlagen vorhanden sind. Deshalb wurde eine Öffnung in der Fassade herausgesägt und festgestellt, dass es sich um keine vorgehängte Betonfassade, sondern um eine so genannte „Beton-Sandwich-Wand“ handelt. Im inneren Teil befindet sich eine sechs Zentimeter dicke Wärmedämmung, außen wurde eine Betonschale angesetzt. Die Wand wurde beim Bau in einem Stück angeliefert. Der Zustand der Fassade bringt Vorteile gegenüber der ursprünglichen Planung, da hier vermutet wurde, dass keine Wärmedämmung vorhanden ist und angedacht war, deshalb die gesamte Betonschale zu demontieren. Ein Nachteil besteht allerdings weiterhin, dass von innen nach außen keine Dampfsperre angebracht wurde, die in Hallenbädern sehr wichtig ist, da von innen kein Dampfdruck an die Wand gelangen darf. Beim Entfernen der Fliesen in der Schwimmhalle war der Architekt sehr erstaunt, dass die Fliesen noch an den Wänden kleben, da diese bereits drei Zentimeter von der Wand abstehen und somit nur noch von den Fugen an der Wand gehalten werden. Für die weitere Sanierungsmaßnahme wurde ein Bauphysiker hinzugezogen der sich dafür ausgesprochen hat, dass der obere Teil des Bades (Umkleide und Wartebereich) zum Eingang hin mit einer Vorsatzschale ausgestattet wird. Als Material soll hier „TRESPA“ verwendet werden. Der untere Teil des Hallenbads soll, wie bisher vorgeschlagen, mit einer Metallfassade verkleidet werden. Außerdem kann im oberen Teil des Schwimmbads auf eine Wärmedämmung verzichtet werden, da die Wärmedämmung hier keinerlei Schäden aufweist und der Dampfdruck aus dem Bad nicht so groß ist. Um im Inneren des Schwimmbads keine weiteren Schäden zu erhalten, sind die gesamten Fliesen zu entfernen. Danach soll das Schwimmbadsystem „ISO plus“ eingebracht werden. Dieses System hat eine Wärmedämmung und es erfolgt eine Alukaschierung über die gesamte Wand. Danach wird ein neuer Putz und neue Fliesen angebracht. Diese fertige Oberfläche sorgt dann dafür, dass keine Feuchte mehr in die Wand eindringen kann.

Das Flachdach auf dem Hallenbad soll ein Blechdach mit Wärmedämmung erhalten. Dies wurde auch so ausgeschrieben wie geplant und wird auch so funktionieren. Die Dampfsperre wurde ebenfalls so ausgeschrieben, dass zwischen dem Trapezblech keine Feuchtigkeit mehr eindringen kann. Noch in dieser Woche soll mit der Demontage der Fliese und dem Abnehmen der Decke begonnen werden.

Zu den vorliegenden Angeboten der Ausschreibung teilt Herr Ozter mit, dass die Kosten für das Flachdach über der Kostenschätzung liegen, da eine komplette Dampfsperre in die Ausschreibung mit aufgenommen wurde. Die Preise für die neuen Fenster sind aber erfreulicherweise günstiger wie vermutet, obwohl es sich um dreifach Isolierverglaste Fenster handelt. Zur Zeit gibt der Markt diese günstigen Preise wieder.

Zur Gesamtsituation teilt der Architekt mit, dass trotz hochwertiger Isolierung und der geänderten Fassadenverkleidung, die im Außenbereich deutlich weniger Kosten, jedoch im Inneren Mehrkosten verursacht, keine Überschreitungen erfolgen werden.

Zur Ausschreibung der Metallfassade führt Herr Oszter noch aus, dass aufgrund der fehlerhaften Ausschreibung (beide Materialien TRESPA und Metall wurden angefordert) manche Firmen kein Angebot abgegeben haben. Nunmehr werden im Rahmen einer freihändigen Vergabe neue Angebote eingeholt, wobei der günstigste Bieter den Zuschlag in der nächsten Sitzung erhalten soll.

Stadtrat Peter Haffelder fragt an, ob trotz der Anbringung der Metallfassade die Gesamtmaßnahme im Budget liegt. Dies wird ihm von Herrn Oszter mit einem klaren Ja bestätigt.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, weshalb für den Eingangsbereich das Material TRESPA verwendet wird. Herr Oszter führt hierzu aus, dass dieses Material stabiler und stoßfester ist und der Eingangsbereich hier hochwertiger saniert werden kann. Die Materialkosten belaufen sich zwar auf zirka 150,00 €/m<sup>3</sup> und sind so um bis zu 100,00 €/m<sup>2</sup> teurer als eine Metallfassade, allerdings handelt es sich hier nur um eine kleine Fläche, die später das Gebäude edler aussehen lässt.

Stadtrat Rüdiger Knapp fragt an, bis wann man mit der Wiedereröffnung des Hallenbades rechnen kann. Hierzu teilt ihm Bürgermeister Vogt mit, dass bis Januar 2010 der Schwimmbadbetrieb wieder aufgenommen werden kann. Herr Oszter fügt an, dass im Januar die Bevölkerung das Hallenbad wieder nutzen kann, auch wenn zu diesem Zeitpunkt die neue Fassade noch nicht fertig ist. Zunächst werden die Fenster eingebaut, die eine Lieferzeit von bis zu 8 Wochen haben werden. Danach können die weiteren Arbeiten im Innern des Gebäudes erfolgen. Das Flachdach kann ebenfalls in dieser Zeit saniert werden.

#### **b) Auftragsvergabe für die Sanierung des Flachdachs**

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und bittet den Gemeinderat, der Vergabe für die Sanierung des Flachdachs an den günstigsten Bieter, die Fa. A. Wber GmbH & Co.KG, Obrigheim-Asbach, zum Angebotspreis in Höhe von 89.053,06 € zuzustimmen.

Stadtrat Walter Freudenberger bittet um Auskunft, ob die Fa. Weber dafür bekannt ist, dass diese die Arbeiten auch durchführen kann. Dies wird vom Architekten bestätigt, da die Fa. Weber schon mehrfach für sein Büro tätig war und auch sehr viele Dächer hier in der Region saniert hat.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Vergabe der Arbeiten für die Sanierung des Flachdachs an die Fa. A. Weber GmbH & Co.KG, Obrigheim-Asbach, zur geprüften Angebotssumme in Höhe von 89.053,06 € zu.

**Abstimmung: 14 Ja 1 Nein**

#### **c) Auftragsvergabe zum Austausch der Fenster**

Bürgermeister Vogt nimmt auch bei diesem TOP Bezug auf die Vorlage und bittet den Gemeinderat, der Vergabe der Arbeiten zum Austausch der Fenster an die Fa. Fenster Felder, Heilbronn-Böckingen, zum Angebotspreis in Höhe von 63.180,67 € zuzustimmen.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Vergabe der Arbeiten zum Austausch der Fenster an die Fa. Fenster Felder, Heilbronn-Böckingen, zur geprüften Angebotssumme in Höhe von 63.180,67 € (brutto) zu.

**Abstimmung: 14 Ja 1 Nein**

#### **d) Auftragsvergabe zur Sanierung der Fassade**

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Tischvorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass sich die Auftragsvergabe zur Sanierung der Fassade nur auf die Ausführung der Fassadenverkleidung mit dem Material „TRESPA“ bezieht. Die Metallfassade muss noch im freihändigen Verfahren vergeben werden. Er bittet den Gemeinderat, der Vergabe der Arbeiten zur Sanierung der Fassade an den günstigsten Bieter, die Fa. Schnabel GmbH & Co.KG, Mosbach, zur Angebotssumme in Höhe von 25.853,94 € zuzustimmen.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Vergabe der Arbeiten zur Sanierung der Fassade an die Fa. Schnabel GmbH & Co.KG, Mosbach, zur geprüften Angebotssumme in Höhe von 25.853,94 € (brutto) zu.

**Abstimmung: 14 Ja 1 Nein**

### **e) Auftragsvergabe der Gipserarbeiten in der Schwimmhalle**

Stadtrat Hans Peter Jelinek ist bei diesen TOP befangen und begibt sich zu den Zuhörern. Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und bittet den Gemeinderat, den Gipserarbeiten in der Schwimmhalle an die Fa. Lapesch, Neckarbischofsheim, zum Angebotspreis in Höhe von 37.788,45 € zuzustimmen.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Vergabe der Gipserarbeiten in der Schwimmhalle an die Fa. Lapesch, Neckarbischofsheim, zur geprüften Angebotssumme von 37.788,45 € (brutto) zu.

**Abstimmung: 14 Ja**

### **04. Schulzentrum Neckarbischofsheim**

#### **hier: Vergabe zur Lieferung des Essens und der Essensausgabe an der neu eingerichteten Mensa**

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die umfangreiche Vorlage zu diesem TOP, die das Ergebnis der Ausschreibung für die Essensversorgung am Schulzentrum Neckarbischofsheim darstellt. Nach vielen Gesprächen zum Betrieb der Mensa wurden vier verschiedene Anbieter (Fa. Sander Catering, Fa. apetito, Fa. Dikta, Anne Kerbe) ausgesucht, wobei jeder seine eigene Methode zur Durchführung der Essensversorgung hat. Die Preise der Anbieter setzen sich zusammen aus der Lieferung des Essen, der Essensausgabe und den restlichen Arbeiten die für den Mensabetrieb notwendig sind (Anlieferung, Reinigung). Die Vorgabe an die Anbieter war, dass das Essen für die Schüler nicht teurer als 3,50 € sein darf. Nach den vorliegenden Angeboten gibt es jedoch keine Firma, die die gesamten Leistungen für 3,50 € je Essen erbringen kann, weshalb sich der Gemeinderat darüber unterhalten muss, in welchem Umfang die Stadt Neckarbischofsheim diese Mehrkosten übernimmt, die sich auf zirka 10.000,00 €/jährlich belaufen. In diesem Zusammenhang verweist er noch auf die Tischvorlage zu diesem TOP, in welchem das Angebot von Frau Anne Kerbe neu gefasst wurde.

In der letzten Gemeinderatssitzung wurde von der Verwaltung mitgeteilt, dass es einfach ist einen Caterer zu finden der das Essen liefert und ausgibt. Jedoch haben die Erfahrungen in anderen Mensen in den umliegenden Schulen gezeigt, dass hierbei ein reger Wechsel der Lieferanten erfolgt, da diese nicht mit den Preisen und teilweise die Schüler nicht mit dem Essenangebot klarkommen. In vielen Gesprächen hat sich die Verwaltung deshalb überlegt, die Essensversorgung im Schulzentrum anders zu gestalten, auch im Hinblick auf den Erhalt des Kioskbetriebs.

Das Angebot von Anne Kerbe ermöglicht es, dass in der neuen Mensa täglich fünf bis acht verschiedene Essen ausgegeben werden. Dies hat den Vorteil, dass man dadurch den Geschmack der Schüler eher trifft, als wenn nur zwei Essen täglich (darunter ein Vegetarisches) angeboten werden. Somit wird auch die Akzeptanz der Mensa ansteigen, was ein gewichtiges Argument darstellt. Ein weiteres Plus stellt das Angebot von Frau Kerbe dar, die ihren Preis nicht auf das Essen abstellt, das täglich verkauft werden muss. Alle anderen Anbieter haben die Grenze bei mindestens 50 Essen pro Tag angesetzt. Reduziert sich hier die Anzahl der Essen, wird die Essensausgabe entsprechend teurer.

Das Angebot von Frau Kerbe basiert auf einem täglichen Personaleinsatz von fünf Stunden (= 75,56 €/Tag = 12,50 € + MwSt/Std.). Die Schüler zahlen für das Essen einen Preis von 3,50 € und die Stadt Neckarbischofsheim übernimmt zusätzlich die täglichen Personalkosten für die Essensausgabe und Reinigungskosten. Die Stadt ist hier sehr flexibel, da nur an den Tagen der Essensausgabe eine Entlohnung an Frau Kerbe erfolgt. Im Vergleich zu den drei anderen Anbietern erachtet es die Verwaltung als wirtschaftlichste Lösung, die Mensa durch Frau Kerbe zu betreiben. Derzeit ist geplant, an drei Tagen die Essensausgabe vorzunehmen (Dienstag, Mittwoch, Donnerstag). Ein vierter Ausgabetag kann jedoch hinzugefügt werden, wobei am Montag lediglich Kurse (Bläserklassen, Chor) stattfinden, wobei auch am Kiosk hier keine große Nachfrage herrscht.

Stadtrat Peter Haffelder unterstützt den Vorschlag der Stadtverwaltung voll, gibt aber zu Bedenken, dass weitere Kosten für den Mensabetrieb auf die Stadt Neckarbischofsheim zukommen. Er fragt deshalb nach, ob hier mit einem Zuschuss vom Kreis für die 90% auswärtigen Schüler zu rechnen ist.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass es für den Mensabetrieb keine Zuschüsse gibt. Die Essensversorgung muss über die Sachkostenbeiträge des Landes abgewickelt werden, wobei diese im nächsten Jahr noch einmal deutlich geringer ausfallen werden wie in diesem Jahr. Stadtrat Rüdiger Knapp findet es eine tolle Sache, dass im ersten Halbjahr die Tiefkühl- und Heizgeräte von der Firma, über die das Fertiggessen bezogen wird, kostenlos zur Verfügung gestellt wird und somit hier keine Kosten für die Stadt entstehen.

Bürgermeister Vogt fügt an, dass bereits ein Teil der Kucheneinrichtung in Auftrag gegeben wurde (Spülstraße) und zusätzlich noch eine Ausgabetheke erworben werden muss. Die Geräte für die Kühlung und Erwärmung der Speisen können nun ein halbes Jahr lang getestet werden, wobei danach die Entscheidung zu treffen ist, ob die Geräte gemietet, geleast oder gekauft werden.

Bürgermeister Vogt bedankt sich bei beiden Fraktionen für deren Mithilfe bei der Erarbeitung des Konzepts und den dazu notwendigen Gesprächen und erwähnt, dass die Unterstützung eine große Hilfe für die Verwaltung war.

Stadtrat Hans Peter Jelinek ist der Meinung, dass was lange währt endlich gut wird und sieht im Namen seiner Fraktion der Essensversorgung am Schulzentrum zuversichtlich entgegen. Überzeugt hat dabei die Fraktion, dass zwischen dem Betreiber der Mensa und den Schülern eine Sozialbindung zustande kommen muss, um das Projekt nicht scheitern zu lassen. Dies war auch das wichtigste Argument bei der Vergabe der Essenausgabe an der neuen Mensa.

Stadtrat Thomas Mayer fügt hinzu, dass es auch wichtig war, dass keine Konkurrenzsituation zum Kioskbetrieb entsteht und beides, Mensa und Kiosk, im Schulzentrum vorhanden ist.

Bürgermeister Vogt teilt noch mit, dass der offizielle Start des Mensabetriebs zum 2. Schuljahr am Montag, 1. Februar 2010 erfolgen soll, wobei die Schulleitung ab diesem Termin auch den Stundenplanwechsel auf die Öffnungszeiten der Mensa vollzieht.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat vergibt die Lieferung des Essens und der Essenausgabe an der neu eingerichteten Mensa im Schulzentrum Neckarbischofsheim an Anne Kerbe zum Angebotspreis in Höhe von 10.000,00 €/jährlich.

**Abstimmung: 15**

### **05. Evangelischer Kindergarten Neckarbischofsheim**

#### **hier: Weitere Einrichtung von Gruppen für die Kleinkindbetreuung**

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass durch die Einrichtung einer weiteren Kleinkindgruppe weitere vier Kinder aus der Warteliste (10 Kinder) im Evangelischen Kindergarten aufgenommen werden könnten. Dies würde eine deutliche Entspannung für die Eltern bedeuten. Außerdem bietet sich hier die Möglichkeit, das freiwillige Angebot der Stadt Neckarbischofsheim für die zwei- bis dreijährigen Kinder zu verbessern. In der altersgemischten Gruppe wäre nur eine Gruppenstärke von acht Kindern möglich. Die Personalkosten erhöhen sich dadurch um 8.000,00 €/jährlich. Im Kindergartenkuratorium hat man sich darüber verständigt, mit dieser Maßnahme ohne einen Neubau auszukommen. Noch nicht geklärt ist bisher die Höhe der Kindergartengebühren für die Kleinkindbetreuung. Durch den Beschluss des Gemeinderats für die Einrichtung der weiteren Kleinkindgruppe hätte die Evangelische Kirchengemeinde allerdings eine momentane Planungssicherheit.

Stadträtin Karin Bender teilt mit, dass sich ihre Fraktion über die Kleinkindbetreuung intensiv unterhalten hat und sich die Fraktionsmitglieder die Umwandlung der altersgemischten Gruppe in eine Kleinkindgruppe, obwohl sich hier die Stadt im freiwilligen Sektor befindet, befürworten, damit weitere vier Kinder aufgenommen werden können. Wichtig ist für die Fraktion auch, dass sich die Bezuschussung durch diese Maßnahme erledigt hat.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der weiteren Einrichtung einer Gruppe für die Kleinkindbetreuung im Evangelischen Kindergarten Neckarbischofsheim, sowie der Erhöhung des derzeitigen Personalschlüssels von bisher 6,4 Stellen auf 6,6 Stellen zu.

**Abstimmung: 15 Ja**

## **06. Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule Neckarbischofsheim hier: Information zur weiteren Entwicklung der Hauptschule**

Bürgermeister Vogt begrüßt die Schulleiterin der Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule Neckarbischofsheim, Frau Kerstin Rieder, die bei der Zuhörerschaft Platz genommen hat, recht herzlich

Mit Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP führt Bürgermeister Vogt weiter aus, dass die Entscheidung über weitere Entwicklung der Hauptschule Neckarbischofsheim spätestens am 22. November 2009 getroffen werden muss, um den Antragsschluss für die gemeinsame Werkrealschule 2010/2011 am 15. Dezember 2009 einhalten zu können. In einem gemeinsamen Gespräch der Schulleiter, der Vertreter des Oberschulamts und der Bürgermeister der beteiligten Gemeinden sollen die Details der Schulreform abgestimmt werden.

Bürgermeister Vogt stellt persönlich klar, dass es ihm weh tut, wenn die Hauptschule in Neckarbischofsheim nicht mehr existenzfähig wäre. Über die kommunalpolitische Tragweite ist er sich dabei im Klaren. Auch im Gemeinderat ist kein Mitglied das laut „Hurra“ schreit, wenn dieser Schultyp in Neckarbischofsheim nicht mehr betrieben werden kann. Deshalb muss man bei der Diskussion weg von der kommunalpolitischen Schiene kommen und sein Augenmerk mehr auf die Schüler legen. Dabei ist die vorgeschlagene Entwicklung der Schulen mit dem Zusammenschluss von größeren Einheiten durchaus gut, um es den Hauptschülern zu ermöglichen, mit einem mittleren Bildungsabschluss die Schule verlassen zu können. Die Entscheidung der Landesregierung über die Einführung der Werkrealschule ist per Gesetz getroffen. Die Stadt Neckarbischofsheim kann diese nun bis zum bitteren Ende aussitzen, wobei man den Schülern damit keinen Gefallen tut. Die Grafeneckschule in Helmstadt würde gut zu Neckarbischofsheim vom Schultyp fassen, weshalb Bürgermeister Vogt dafür plädiert, den Zusammenschluss vorzunehmen. Für die Eltern wird es noch entsprechende Informationen geben. Außerdem werden alle Beteiligten in den Änderungen einbezogen, bspw. Schülerbeförderung, wobei die Details dann noch abgestimmt werden müssen.

Stadtrat Gerold Rossel verweist auf die Vorlage und bittet um Auskunft, wie die Gemeinde Eschelbronn derzeit zum Zusammenschluss der Hauptschulen steht und ob die Problematik bis zum Entscheidungstermin gelöst ist.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass der Bestand der Werkrealschule in Epfenbach an der Entscheidung der Gemeinde Eschelbronn hängt, die derzeit die Kosten für die Neuregelung des Stadtbusverkehrs (Anschluss von Eschelbronn an den Bus der Brunnenregion) nicht übernehmen wollen. Eschelbronn fordert deshalb über die Satzung zur Erstattung der Schülerbeförderungskosten vom Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis eine schriftliche Bestätigung für einen Schülerkurs, die sie aber vom Amt für Nahverkehr und Wirtschaftsförderung nicht erhalten. Sollte die Werkrealschule in Epfenbach dadurch nicht zustande kommen, gibt es Überlegungen für eine Kooperation mit Helmstadt, wobei dann eine Teilung der Schüler in die Klassen 5 bis 7 (Merianschule Epfenbach) und 8 bis 10 (Grafeneckschule Helmstadt) erfolgen könnte. Hierbei handelt es sich nicht gerade um die optimalste Lösung, aber für zwei Schulen würden dann im gesamten Gebiet des Gemeindeverwaltungsverbandes Waibstadt die Schülerzahlen nicht stimmen. Positiv wirken sich für den Standort Epfenbach die Sportanlagen mit Hallenbad aus.

Stadtrat Walter Freudenberger ist der Meinung, dass in Neckarbischofsheim alles aufgegeben wird und stellt sich die Frage, ob dann überhaupt noch die Stadtverwaltung benötigt wird.

Bürgermeister Vogt erwidert hierauf, dass diese Entwicklung nicht nur in Neckarbischofsheim, sondern in allen Kommunen durch den demografischen Wandel, sinkende Einwohner- und sinkende Kinderzahlen, stattfindet und die Gemeindegremien schon seit Jahren beschäftigt. Es tut ihm deshalb auch leid, dass Neckarbischofsheim diese Entwicklung derzeit spürbar trifft. Nicht unerwähnt lässt er aber, dass mit dem Adolf-Schmitthenner-Gymnasium der Schulstandort für das Gymnasium in Neckarbischofsheim verbleibt und in unmittelbarer Nähe eine Realschule (Waibstadt) und künftig eine Werkrealschule (Helmstadt) beheimatet ist.

Stadtrat Georg Zwölfer fragt nach, ob die Grundschule auch geschlossen wird, wenn weniger Grundschüler die Schule besuchen. Hierzu teilt ihm Bürgermeister Vogt mit, dass die Grundschulen schon immer eine Einrichtung der Gemeinde waren, in der die Schüler wohnen und es keine Bestrebungen gibt, hier etwas zu ändern. Zur Zeit unterhält Neckarbischofsheim eine zweizügige Grundschule.

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

## **07. Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) der Stadt Neckarbischofsheim hier: Neufassung von § 40 – Absetzungen**

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und bittet den Gemeinderat, der Satzungsänderung zuzustimmen. Des Weiteren bittet er den Gemeinderat um die Ermächtigung, die eventuell notwendige öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Mühlbachgruppe abzuschließen.

Stadtrat Walter Freudenberger bittet um Auskunft, wer die Wasserentnahme aus den vorhandenen Zisternen bei den Grundstückseigentümern überprüft. Hierzu teilt Bürgermeister Vogt mit, dass die Zisternen baurechtlich genehmigt wurden, und dort, wo das Wasser im Haus verwendet wird heute schon eine Wasseruhr einzubauen ist. Die Kontrolle der Wasserentnahme führt die Mühlbachgruppe durch.

Stadtrat Hans Peter Jelinek fragt nach, ob die Formulierung wegen der Bagatellgrenze von 20 m<sup>3</sup> ihre Richtigkeit hat. Dies wird von Bürgermeister Vogt bestätigt, der auf das Satzungsmuster des Gemeindetags Baden-Württemberg verweist. Im Übrigen soll die Neufassung der Absetzungen im gesamten Verbandsgebiet der Mühlbachgruppe gelten.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung der Stadt Neckarbischofsheim zu.

**Abstimmung: 15 Ja**

## **08. Straßensanierung in Neckarbischofsheim hier: Vergabe von Belagsarbeiten**

- a) Steinigter Bergweg im Stadtteil Helmhof**
- b) Schwarzbachsiedlung**

Stadtrat Hans Rossel ist bei diesem TOP befangen und begibt sich zu den Zuhörern.

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und bittet den Gemeinderat der Vergabe der Belagsarbeiten im Steinigten Bergweg im Stadtteil Helmhof und in der Schwarzbachsiedlung zum Angebotspreis in Höhe von 46.956,65 € zuzustimmen.

Stadträtin Karin Bender erinnert daran, dass der Gemeinderat das Thema schon früher einmal behandelt hat und vereinbart wurde, die Belagsarbeiten in der Schwarzbachsiedlung zusammen mit der Stadt Waibstadt durchzuführen, wobei hier 6.500,00 € im Raum standen. Sie fragt deshalb nach, warum die Maßnahme nunmehr so teuer wurde.

Der technische Mitarbeiter Roland Herbold erläutert, dass zuerst geplant war, auf einer Länge von 90 Metern die Belagsarbeiten durchzuführen. Auf Grund starker Verdrückungen auf der Straße und dem Umstand, dass in diesem Bereich eine Rollstuhlfahrerin wohnt die ohne Sanierung der Straße sich nicht alleine mit dem Rollstuhl fortbewegen kann, wurde vereinbart, dieses Teilstück neu zu bituminieren. Die Maßnahme wird, da die zu beauftragende Firma ohnehin schon dort arbeitet günstiger, als wenn sie in den nächsten Jahren durchzuführen ist.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Vergabe der Belagsarbeiten im Steinigten Bergweg im Stadtteil Helmhof sowie in der Schwarzbachsiedlung aus wirtschaftlichen Gründen an die Fa. Hauck Bau GmbH, Waibstadt, zur geprüften Angebotssumme in Höhe von 46.956,65 € (brutto) für beide Lose zu.

**Abstimmung: 14 Ja**

## **09. Verlegung einer Umspannstation durch die EnBW in Neckarbischofsheim**

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass der Nachteil der Verlegung der Umspannstation darin besteht, dass zwei Parkplätze in der Parkbucht wegfallen.

Stadtrat Thomas Mayer fragt nach, ob die Umspannstation (Niederspannstation) so aussieht wie die, die im Schlosspark errichtet wurde.

Hierzu teilt ihm Bürgermeister Vogt mit, dass diese eher aussieht, wie sie im Neubaugebiet „Eichertstal“ errichtet wurde.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Verlegung der Umspannstation in die Schillerstraße durch die EnBW zu.

**Abstimmung: 15 Ja**

**10. Antrag auf Änderung der Bedarfsumleitungsstrecke U63/U64 der BAB 6  
hier: Stellungnahme der Stadt Neckarbischofsheim**

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass bereits im Jahre 2007 die Autobahnpolizei Heilbronn angeregt hat, die Bedarfsumleitungsstrecke über Neckarbischofsheim zu führen. Dieser Vorschlag hat damals schon große Wellen geschlagen, weshalb Bürgermeister Vogt einen Brief an die Landtagsabgeordnete Elke Brunnemer verfasst hat. Nunmehr liegt der damalige Vorschlag als Anhörung vor. Neckarbischofsheim mit den Stadtteil Helmhof und Untergimpfern wird schon seit Jahren von den LKWs als Umleitungsstrecke genutzt. Die Begeisterung als Bedarfsumleitungsstrecke ausgewiesen zu werden hält sich deshalb bei Bürgermeister Vogt in sehr, sehr engen Grenzen. Insbesondere deshalb, da die Landesstraße in keiner Weise auf den Verkehr ausgelegt ist, den sie künftig aufnehmen soll. Auch muss man nicht über den Straßenzustand der Ortsdurchfahrten diskutieren, dem jeder Gemeinderat bekannt sein dürfte. Des Weiteren besteht eine große Lärmbelästigung für die Anwohner, wenn die LKWs über die Schächte fahren.

Aus diesem Grund wird die Stadt Neckarbischofsheim die Umleitungsstrecke ablehnen, da es Strecken zwischen den Anschlussstellen Bad Rappenau und Sinsheim-Steinsfurt gibt, die für eine Bedarfsumleitung geeigneter sind. Ein weiterer Grund ist, dass die Bedarfsumleitung von der BAB wegführt und dadurch eine weite Umleitungsstrecke erfolgt. Die Stadt Neckarbischofsheim wird sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diese Bedarfsumleitung wehren.

Stadtrat Gerold Rossel bemerkt zu Punkt 2 der Stellungnahme, dass die Anschlussstelle Sinsheim-Nord die 3. Anschlussstelle nach Bad Rappenau ist (Steinsfurt, Sinsheim-Süd, Sinsheim-Nord).

Stadtrat Walter Freudenberger fragt nach, wie sich die Stadt Bad Rappenau zur geplanten Bedarfsumleitung geäußert hat. Hierzu stellt Bürgermeister Vogt fest, dass diese genau so wenig wie Neckarbischofsheim begeistert ist, da auf der Bedarfsumleitung der Stadtteil Obergimpfern betroffen ist. Nachdem in Obergimpfern der Ortseingang ohnehin umgebaut werden soll und die Ortsdurchfahrt durch die Verschwenkungen und damit nicht vorhandenen Breite nicht als Umleitungsstrecke geeignet ist, wird Bad Rappenau aus den gleichen Gründen die geplante Bedarfsumleitung ablehnen.

Stadtrat Walter Freudenberger bittet die Verwaltung darum an die Bevölkerung in Neckarbischofsheim und den beiden Stadtteilen Helmhof und Untergimpfern zu denken, die schon jetzt mit dem Verkehrsaufkommen sehr stark belastet sind.

Der Gemeinderat nimmt von der geplanten Stellungnahme zur Bedarfsumleitung Kenntnis.

**11. Antrag auf Einlegung einer Fernwärmeleitung in das städtische Grundstück,  
Flst.Nr. 10474**

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP, insbesondere auf die Tischvorlage für den Gemeinderat, und bittet darum, dem Abschluss der Vereinbarung mit Herrn Hotel zur Verlegung der Fernwärmeleitung über das städtische Grundstück, Flst.Nr. 10474, zuzustimmen.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss einer Vereinbarung mit Herrn Harald Hotel, Neckarbischofsheim-Helmhof, zur Verlegung einer Fernwärmeleitung über das städtische Grundstück, Flst.Nr. 10474 zu.

**Abstimmung: 15 Ja**

**12. Beratung der Tagesordnung der Sitzung der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverband Waibstadt am 22.10.2009**1. Wahl des Verbandsvorsitzenden

Von Seiten der Bürgermeisterkollegen wird Bürgermeister Otto Eckert, Reichartshausen, zur Wahl als Verbandsvorsitzender vorgeschlagen.

## 2. Wahl der Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden

Als Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden sollen künftig Bürgermeister Hans-Joachim Vogt, Neckarbischofsheim, und Bürgermeister Peter Reichert, Neidenstein, fungieren.

## 3. Bestellung der Mitglieder für den Gutachterausschuss des Gemeindeverwaltungsverbandes Waibstadt

Bürgermeister Vogt verweist auf die Vorlage zu diesem TOP, in welchem die Mitglieder zur Wahl vorgeschlagen werden.

## 4. Zukünftige Entwicklung des Gemeindeverwaltungsverbandes Waibstadt

In einer separaten Besprechung werden die Bürgermeister des GVV Waibstadt einige Themen zur zukünftigen Entwicklung des GVV Waibstadt aufarbeiten.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass er mit der Vorlage zu diesem TOP die Gelegenheit wahrgenommen hat, die derzeit geltenden Satzungen des GVV Waibstadt dem Gemeinderat in Kopie zuzuleiten.

## **13. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung vom 15.09.2009 gefassten Beschlüsse**

1. Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss von Änderungsverträgen (Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit aufgrund der verlängerten Öffnungszeiten) mit den Erzieherinnen des Kindergartens am Krebsbach im Stadtteil Untergimpfern, sowie im Kommunalen Kindergarten im Stadtteil Helmhof rückwirkend zum 24.08.2009 bzw. 31.08.2009 zu.
2. Der Gemeinderat stimmt einer Modernisierungsvereinbarung im Rahmen des Landes-sanierungsprogramms „von-Hindenburg-Straße“ mit den dortigen Eigentümern zu.

## **14. Bekanntgaben**

### Allgemeine Finanzprüfung 2003 bis 2006

Die allgemeine Finanzprüfung der Jahre 2003 bis 2006, welche durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg im letzten Jahr in der Verwaltung vorgenommen wurde, kann als erledigt betrachtet werden. Auf Grund der Mitteilung des Kommunalrechtsamtes beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, wurden alle Prüfungsbemerkungen abgearbeitet.

### 40 Jahre Realschule Waibstadt

Das 40-jährige Bestehen der Realschule Waibstadt wird mit einem Festakt am Samstag, 17. Oktober 2009 um 16 Uhr in der Aula der Realschule begangen. Bürgermeister Vogt hat sich zu diesem Termin entschuldigt, da er diesen wegen des Aufenthalts in der französischen Partnerstadt La Chapelle-St.-Luc nicht wahrnehmen kann. Er bittet deshalb die Mitglieder des Gemeinderats, diesen Termin wahrzunehmen, da die Realschule Waibstadt auch seit 40 Jahren gute Arbeit für die Schülerinnen und Schüler aus Neckarbischofsheim geleistet hat.

### Sanierung von Feldwegen

In den nächsten Tagen werden verschiedene Sanierungsarbeiten an Feldwegen in Neckarbischofsheim vorgenommen, unter anderem im Gewann „Christlingen“. Hierzu wird auch Fräsmaterial aus dem Steinbruch Helmhof verwendet.

### Schlosspark Neckarbischofsheim

Der Schotterrasen auf dem Festplatz im Bereich der Schlossparkbühne/Festscheune ist mittlerweile fertig gestellt.

### Heizung ehemalige Landwirtschaftsschule

Die Steuerleitung für die Heizung zur ehemaligen Landwirtschaftsschule wird in den nächsten Tagen verlegt. Die Maßnahme wird im Rahmen des 2. Bauabschnitts zur Schulsanierung durchgeführt.

### Feuerwehrhaus Neckarbischofsheim

Die Mitglieder der Abteilungswehr Neckarbischofsheim werden in den nächsten Wochen in Eigenregie das Feuerwehrhaus neu streichen. Die Farbe wird von der Stadt Neckarbischofsheim zur Verfügung gestellt.

### Sitzung des Ausschuss für Technik, Natur und Umwelt

Die nächste Sitzung des Ausschuss für Technik, Natur und Umwelt findet am Dienstag, 10. November 2009 statt.

### Urlaub des Bürgermeisters

Bürgermeister Vogt befindet sich vom 23. Oktober bis 06. November 2009 in Urlaub.

### Projekt Gedenksteine

Das Projekt der Gedenksteine über die Deportation der Juden im Kraichgau findet mit dem Setzen des ersten Steins am Sonntag, 18. Oktober 2009 von 14.30 Uhr bis 17.00 Uhr in Neckarbischofsheim seine Fortsetzung. Der zweite Gedenkstein wird am Montag, 9. November 2009 in Neckarbischofsheim im Bereich der ehemaligen Synagoge in der Schulgasse aufgestellt.

## **15. Anfragen des Gemeinderats**

Stadtrat Peter Haffelder teilt mit, dass er von Eltern aus Untergimpfern auf die schlechte Situation der schulpflichtigen Kinder bezüglich des fehlenden Buswartehäuschens an der Haltestelle in der Landstraße angesprochen wurde. Aus Sicht der Elternschaft müsste hier dringend Abhilfe geschaffen werden, da die Kinder bei Regenwetter im Freien stehen müssen. Die Aufstellung des Bushäuschens wird sich seiner Meinung nach allerdings schwierig gestalten.

Bürgermeister Vogt nimmt den Antrag auf und wird die Aufstellung prüfen lassen.

Stadtrat Walter Freudenberger teilt mit, dass er in letzter Zeit mehrfach feststellen musste, dass Schuttablagerungen auf Feldwegen erfolgen. Er bittet die Verwaltung darum, hier Abhilfe zu schaffen.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass sich die hierzu notwendigen Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen die Verursacher ohne Zeugen schwierig gestalten. Deshalb fordert er die Bevölkerung auf, sich bei Anzeigen als Zeugen zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Peter Haffelder bedankt sich bei der Verwaltung für die Aufstellung des neuen Verkehrsspiegel in der Landstraße im Stadtteil Untergimpfern, der nun die Ausfahrt aus der Rathausstraße für die Verkehrsteilnehmer, insbesondere die Landwirte, sicherer macht.

Stadträtin Heike Jacobs teilt mit, dass die Überquerung der Flinsbacher Straße im Bereich des ASB Seniorenzentrums immer noch sehr problematisch ist, da ältere Personen mit ihrem Rollator nicht über den hohen Absatz am Gehweg hinwegkommen. Außerdem ist die Geschwindigkeit der Fahrzeuge, die in den Ort einfahren immer noch sehr hoch. Sie bittet deshalb darum, hier Änderungen, insbesondere bei der Querungshilfe in Richtung Friedhof vorzunehmen.

Bürgermeister Vogt sichert eine Überprüfung zu.

Stadtrat Georg Zwölfer bezieht sich auf die Tischvorlage zur Ablehnung eines Tempomessgeräts in der Waibstadter Straße und teilt mit, dass die Anwohner sich weiterhin über die hohe Geschwindigkeit der Fahrzeuge die dort fahren, beschweren. Durch die geplante Bedarfsumleitung der BAB wird der Verkehr in diesem Bereich zusätzlich verstärkt. Er ist sich im Klaren, dass die Eindämmung des Verkehrsaufkommens dort schwierig gestaltet bittet aber darum zu prüfen, ob durch bauliche Veränderungen, ähnlich wie in Obergimpfern (Verschwenkung der Straße), hier eine Geschwindigkeitsverringerung erfolgen kann.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass es nicht einfach werden wird, in diesem Bereich die Geschwindigkeit der Fahrzeuge zu reduzieren. Eine Verschwenkung des Straßenverlaufs muss durch den Straßenbaulastträger (Land Baden-Württemberg) genehmigt werden. Die Kosten für den Umbau sind dann wiederum von der Stadt Neckarbischofsheim als Antragsteller zu bezahlen. Außerdem wird es schwierig sein, in diesem Bereich die notwendige Fläche zu erwerben. Die Stadt Neckarbischofsheim wird die Thematik beim Straßenbaulastträger ansprechen.

## 16. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten

Herr Achim Löffler teilt mit, dass auf dem Gehweg gegenüber dem Anwesen Stegili in der Waibstadter Straße die Fahrzeugführer ihre Autos in der Mitte des Gehwegs aufstellen und somit Fahrradfahrer dort absteigen müssen. Er bittet zu überprüfen, ob durch die Anbringung von Parkmarkierungen hier eine Änderung des Parkens geschaffen werden kann.

Bürgermeister Vogt nimmt die Anregung für die nächste Verkehrstagefahrt auf.

Frau Birgit Blawert, Elternbeiratsvorsitzende am ASG, bittet um Auskunft, wie künftig die Essenbestellung an der Mensa durchgeführt werden.

Hierzu teilt ihr Bürgermeister Vogt mit, dass die Schüler einen Bestellblock am Kiosk kaufen können. Auf dem zweigeteilten Bestellbons vermerken die Schüler, welches Essen sie täglich essen möchten und werfen einen Bon in den Bestellkasten, der im Bereich des Foyers aufgestellt wird bis 10 Uhr vormittags ein. Mit dem zweiten Teil des Bons können sie dann ihr Essen in der Mensa abholen. Durch diese Bestellmethode können die Schüler recht kurzfristig entscheiden, wann und welches Essen sie täglich zu sich nehmen wollen.

Herr Pirmin Hönig bittet um Auskunft, wann die nächste Begehung der Krebsbach vorgenommen wird, da speziell im bebauten Bereich im Stadtteil Helmhof einige Maßnahmen durchzuführen sind.

Bürgermeister Vogt nimmt den Hinweis auf.

Herr Dietmar Ullrich teilt zur Bedarfsumleitungsstrecke mit, dass der Rechtsweg nicht richtig eingehalten wurde, da nicht die Autobahnpolizei Heilbronn bzw. das Regierungspräsidium Stuttgart, sondern hier das RP Karlsruhe zuständig ist.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass der Antrag über das RP Karlsruhe erfolgt ist. Nach der Abgabe der Stellungnahme durch die Stadt Neckarbischofsheim zur Bedarfsumleitung werden noch Gespräche mit der zuständigen Abteilung beim RP Karlsruhe geführt.

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen: